AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 35 | FREITAG, DEN 8. MAI | 2015

Inhalt:

	Seite
Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens	869
Mandatswechsel in der 21. Hamburgischen Bürgerschaft	869
Widmung der Wegefläche Daseweg	870
Widmung der Wegefläche Hochwasserschutzanlage Müggenburger Hauptdeich	870
Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung	870

BEKANNTMACHUNGEN

Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens

Der Senat beschließt nach § 2 Absatz 1 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 20. November 2014 (BGBl. I S. 1748), für das Gebiet westlich des Magdeburger Hafens und südlich der Überseeallee im Stadtteil HafenCity (Bezirk Hamburg-Mitte, Ortsteil 103) die bestehenden Bebauungspläne zu ändern (Aufstellungsbeschluss M 02/15). Für Teile der Flurstücke 2371 (Chicagostraße, Hübenerstraße), 2375 und 2370 der Gemarkung Altstadt-Süd wird der Aufstellungsbeschluss M 02/07 vom 20. April 2007 (Amtl. Anz. S. 1014) aufgehoben.

Eine Karte, in der das Plangebiet farbig angelegt ist, kann beim Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamts Hamburg-Mitte während der Dienststunden eingesehen werden.

Das Gebiet wird wie folgt begrenzt: Überseeallee – Ostgrenze des Flurstücks 2376, Nord- und Ostgrenzen des Flurstücks 2078, Ost- und Südgrenzen des Flurstücks 2081, Süd- und Westgrenzen des Flurstücks 2376, über das Flurstück 2376, Westgrenze des Flurstücks 2371 (Chicagostraße), über das Flurstück 2371, Westgrenze des Flurstücks 2371, über die Flurstücke 2375, 2371 (Hübenerstraße), 2370 und 2070 (San-Francisco-Straße), Westgrenzen der Flurstücke 2225, 2230, 2229 und 2227 (Überseeallee) der Gemarkung Altstadt-Süd.

Durch den Bebauungsplan mit der beabsichtigten Bezeichnung HafenCity 15 sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Realisierung des südlichen Teils des Überseequartiers als mischgenutztes und kommerzielles Zentrum der HafenCity geschaffen werden. Neben der Einzelhandelsnutzung sind im Plangebiet Büros, Wohnungen, Hotel-, Gastronomie- und Freizeitnutzungen sowie ein Kreuzfahrtterminal vorgesehen. Zudem soll der Bebauungsplan den südlichen Abschnitt der Promenade am Westufer des Magdeburger Hafens planungsrechtlich absichern.

Hamburg, den 28. April 2015

Der Senat Amtl. Anz. S. 869

Mandatswechsel in der 21. Hamburgischen Bürgerschaft

Mitteilung Nummer 2 über Mandatswechsel in der 21. Hamburgischen Bürgerschaft

Nach dem Gesetz über die Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft (Bürgerschaftswahlgesetz [BüWG]) in der Fassung vom 22. Juli 1986 (HmbGVBl. S. 223), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Februar 2013 (HmbGVBl. S. 48), und in Fortschreibung meiner Mitteilung im Amtlichen Anzeiger vom 27. März 2015 (S. 658) gebe ich bekannt:

1. Das Bürgerschaftsmandat von Frau Katharina Fegebank (laufende Nummer 1 der Wahlkreisliste 10 [Fuhlsbüttel-Alsterdorf-Langenhorn] auf dem Wahlvorschlag der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [GRÜNE]) ruht während ihrer Amtszeit als Mitglied des Senats gemäß Artikel 39 Absatz 2 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg (HV).

   Das Bürgerschaftsmandat von Frau Katharina Fegebank wird von Frau Ulrike Sparr (laufende Nummer 2 auf der Wahlkreisliste 10 [Fuhlsbüttel-Alsterdorf-Langenhorn] auf dem Wahlvorschlag der Partei GRÜNE) als nächstberufene noch nicht gewählte Person gemäß § 39 Absatz 1 in Verbindung mit § 38 BüWG ausgeübt, da Frau Katharina Fegebank nach Maßgabe der Wahlkreisstimmen gewählt worden ist.

   Frau Ulrike Sparr hat das Mandat am 15. April 2015 angenommen.

2. Das Bürgerschaftsmandat von Herrn Dr. Till Steffen (laufende Nummer 1 der Wahlkreisliste 5 [Rotherbaum-Harvestehude-Eimsbüttel-Ost] auf dem Wahlvorschlag der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [GRÜNE]) ruht während seiner Amtszeit als Mitglied des Senats gemäß Artikel 39 Absatz 2 HV.

   Das Bürgerschaftsmandat von Herrn Dr. Till Steffen wird von der nächstberufenen noch nicht gewählten Person gemäß § 39 Absatz 1 in Verbindung mit § 38 BüWG ausgeübt, da Herr Dr. Till Steffen nach Maßgabe der Wahlkreisstimmen gewählt worden ist. Die nächstberufene noch nicht gewählte Person gemäß § 39 Absatz 1 in Verbindung mit § 38 BüWG ist Frau Gabriela Küll (laufende Nummer 2 der Wahlkreisliste 5 [Rotherbaum-Harvestehude-Eimsbüttel-Ost] auf dem Wahlvorschlag der Partei GRÜNE), welche das Mandat mit Erklärung vom 13. April 2015 jedoch nicht angenommen hat.

   Gemäß § 39 Absatz 1 in Verbindung mit § 38 Absatz 1 BüWG ist bei erschöpfender Wahlkreisliste die nachfolgende noch nicht gewählte Person auf der Landesliste der Partei GRÜNE für gewählt zu erklären.

   Das Bürgerschaftsmandat von Herrn Dr. Till Steffen wird somit von Frau Mareike Engels (laufende Nummer 5 auf der Landesliste auf dem Wahlvorschlag der Partei GRÜNE) als nächstberufene noch nicht gewählte Person gemäß § 39 Absatz 1 in Verbindung mit § 38 BüWG ausgeübt.

   Frau Mareike Engels hat das Mandat am 15. April 2015 angenommen.

3. Das Bürgerschaftsmandat von Herrn Jens Kerstan (laufende Nummer 1 der Wahlkreisliste 15 [Bergedorf] des Wahlvorschlags der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [GRÜNE]) ruht seit Beginn seiner Amtszeit als Mitglied des Senats gemäß Artikel 39 Absatz 2 HV.

   Das Bürgerschaftsmandat von Herrn Jens Kerstan wird von Frau Dr. Carola Timm (laufende Nummer 2 auf der Wahlkreisliste 15 [Bergedorf] auf dem Wahlvorschlag der Partei GRÜNE) als nächstberufene noch nicht gewählte Person gemäß § 39 Absatz 1 in Verbindung mit § 38 BüWG ausgeübt, da Herr Jens Kerstan nach Maßgabe der Wahlkreisstimmen gewählt worden ist.

   Frau Dr. Carola Timm hat die Wahl am 15. April 2015 angenommen.

4. Frau Dr. Eva Gümbel (laufende Nummer 1 auf dem Wahlvorschlag der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [GRÜNE] im Wahlkreis 9 [Barmbek-Uhlenhorst-Dulsberg]) hat ihr erworbenes Mandat für die Bürgerschaft mit Erklärung vom 21. April 2015 niedergelegt.

   An Stelle von Frau Dr. Eva Gümbel wurde Herr René Gögge (laufende Nummer 2 auf dem Wahlvorschlag der Partei GRÜNE im Wahlkreis 9 [Barmbek-Uhlenhorst-Dulsberg]) als nachfolgende noch nicht gewählte Person mit der nächstniedrigeren Stimmenzahl nach § 38 Absatz 1 BüWG für gewählt erklärt.

   Herr René Gögge hat das Mandat am 23. April 2015 angenommen.

Hamburg, den 8. Mai 2015

Der Landeswahlleiter Amtl. Anz. S. 869

Widmung der Wegefläche Daseweg

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Hamburg-Mitte, Gemarkung Schiffbek, belegene Wegefläche Daseweg (Flurstück 376) für den öffentlichen Verkehr ab sofort gewidmet.

Diese Verfügung ersetzt ab sofort alle bisher gültigen Widmungen.

Die urschriftliche Verfügung mit Lageplan kann beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt Management des öffentlichen Raumes, Raum 128, 129, Klosterwall 8, 20095 Hamburg, eingesehen werden.

Hamburg, den 29. April 2015

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 870

Widmung der Wegefläche Hochwasserschutzanlage Müggenburger Hauptdeich

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Hamburg-Mitte belegene Wegefläche der Hochwasserschutzanlage „Müggenburger Hauptdeich“ von Veddeler Straße bis Veddeler Bogen nördlich der Grünanlage „Ballin Park“ (Flurstück 1659 teilweise) der Gemarkung Veddel für den öffentlichen Fußgänger- und Radfahrverkehr gewidmet.

Der Geh- und Radweg ist Bestandteil der Hochwasserschutzanlage. Die deichrechtlichen Bestimmungen bleiben unberührt. Die Widmung erfolgt unter dem Vorbehalt, dass die Benutzung des Weges jederzeit aus Gründen des Hochwasserschutzes eingeschränkt oder untersagt werden kann.

Die Widmung beschränkt sich auf den Wegeoberkörper (Wegeunterbau und Wegedecke).

Der räumliche Umfang dieser Widmung ergibt sich aus dem Lageplan und ist gelb gekennzeichnet.

Die urschriftliche Verfügung mit Lageplan kann beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt Management des öffentlichen Raumes, Klosterwall 8, 20095 Hamburg, eingesehen werden.

Hamburg, den 29. April 2015

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 870

Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung

Die Handelskammer Hamburg stellt mit dieser Bekanntmachung ein Schriftstück (Bescheid vom 21. April 2015, Aktenzeichen GI//2015/09; Widerruf der nach § 34 d Absatz 1 GewO erteilten Erlaubnis vom 10. Mai 2012; Löschung aus dem Versicherungsvermittlerregister) an die Firma finanzspeicher hamburg UG, letzte bekannte Anschrift: Bahnhofstraße 34, 21614 Buxtehude, gemäß § 1 Absatz 1 des Hamburgischen Verwaltungszustellungsgesetzes in Verbindung mit § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes öffentlich zu. Wegen der nicht zu ermittelnden Anschrift des vorgenannten Adressaten ist eine Zustellung auf andere Art nicht möglich. Das Schriftstück kann in der Handelskammer Hamburg, Adolphsplatz 1, Raum 256 (II. Etage), 20457 Hamburg, während der allgemeinen Öffnungszeiten eingesehen werden. Durch diese Bekanntmachung werden Fristen in Gang gesetzt, nach deren Ablauf Rechtsverluste eintreten können.

Hamburg, den 27. April 2015

Handelskammer Hamburg

Amtl. Anz. S. 870

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Öffentliche Ausschreibung

Vergabenummer: 15 A 0155

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 – 2 00,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 27 92 – 12 00
E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung, VOB/A

Vergabe: **15 A 0155**

Metallbauarbeiten/Türen

84145 B 1501
Umsetzung Brandschutzkonzept

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:

Kein elektronisches Vergabeverfahren.

d) Art des Auftrages:

Ausführen von Bauleistungen

e) Ort der Ausführung:

Rahlau 47-49, 22045 Hamburg

f) Art und Umfang der Leistung:

Ca. 80 Brandschutztüren in unterschiedlichen Qualitäten und Anforderungen sowie Abmessungen einschließlich Zubehör.

g) Entfällt

h) Aufteilung in Lose: Nein

i) Ausführungsfristen:

Beginn der Ausführung: 1. August 2015

Fertigstellung der Leistung: 18. September 2015

j) Nebenangebote sind nur in Verbindung mit einem Hauptangebot zugelassen.

k) Anforderung der Vergabeunterlagen:

bei Vergabestelle@bba.hamburg.de

Bewerbungsschluss: 20. Mai 2015

Versand der Verdingungsunterlagen: 27. Mai 2015

l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:

Höhe der Kosten: 6,– Euro

Zahlungsweise: Banküberweisung

Empfänger: siehe Buchstabe a)

Kontonummer: 1 027 210 333, BLZ: 200 505 50,
Geldinstitut: Hamburger Sparkasse

IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210 333

BIC-Code: HASPDEHHXXX

Verwendungszweck:
Kauf der Verdingungsunterlagen 15 A 0155

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn

- auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
- gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
- das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind:

Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

p) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen: Deutsch

q) Angebotseröffnung:

12. Juni 2015, 10.00 Uhr
Ort: siehe Buchstabe a)

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen: Bieter und ihre Bevollmächtigten

r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen

s) Entfällt

t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: keine

v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 13. Juli 2015

w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49/(0)40/4 28 42 - 450

x) Sonstige Angaben:

Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle@bba.hamburg.de

Hamburg, den 4. Mai 2015

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt – Bundesbauabteilung – 368

Öffentliche Ausschreibung – § 3 VOL/A

a) Freie und Hansestadt Hamburg,
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,
Zentrale Vergabestelle K 5,
Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg
Telefon: 040/4 28 26 - 24 99, Telefax: 040/4 27 31 - 14 48

Angebote sind zu richten an:
Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Eröffnungsstelle,
– Zentrale Vergabeaufsicht –, Zimmer E 01.421,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg

b) Öffentliche Ausschreibung gemäß § 3 VOL/A

Vergabe-Nr.: **ÖA-K5-170/15**

c) Gegenstand der Ausschreibung ist eine Rahmenvereinbarung für die Lieferung von Verkehrszeichen für Dienststellen der Freien und Hansestadt Hamburg, Anstalten des öffentlichen Rechts Hamburg Port Authority (HPA), Hamburger Stadtentwässerung (HSE) und Hamburg Wasser (HWW).

Die Laufzeit des Vertrags beträgt 2 Jahre, vom 1. Juli 2015 bis 30. Juni 2017.

Ort der Leistung: Hamburg

d) Aufteilung in Lose: Nein

e) Ausführungsfrist:

Beginn: 1. Juli 2015, Ende: 30. Juni 2017

f) Anforderung der Vergabeunterlagen:

Vom 30. April 2015 bis 28. Mai 2015, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr bei der

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Zentrale Vergabeaufsicht (ZVA), Zimmer E 01.272,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Telefax: +49/40/4 27 31 - 05 27

g) Einsicht der Vergabeunterlagen: Siehe Buchstabe f)

h) Kostenbeitrag für die Vergabeunterlagen

Höhe des Kostenbeitrages: 5,– Euro

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Konto-Nr.: 375 202 205, BLZ 200 100 20,
IBAN DE50 2001 0020 0375 2022 05,
BIC PBNKDEFF200 Hamburg
Geldinstitut: Postbank Hamburg

Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisungen bitte gleichzeitig ein Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe f) schicken.

Die Vergabeunterlagen werden auf CD an Sie versandt. Alternativ besteht die Möglichkeit, Ihnen die Vergabeunterlagen – gegen Erstattung eines Kostenbeitrags in Höhe von insgesamt 19,– Euro – auch in Papierform zu übersenden. In diesem Fall überweisen Sie bitte den erhöhten Kostenbeitrag.

i) Ende der Angebotsfrist: 29. Mai 2015, 10.30 Uhr.

l) Zahlungsbedingungen gemäß § 17 VOL/B.

m) Geforderte Eignungsnachweise:

- Von in- und ausländischen Bietern ist eine Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit abzugeben. Die Vergabestelle wird für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister (§ 150 a Gewerbeordnung) beim Bundesamt für Justiz anfordern bzw. anfordern lassen; von ausländischen Bietern wird gegebenenfalls eine gleichwertige Bescheinigung ihres Herkunftslandes gefordert. Vorlage nach Aufforderung. Die Auskunft darf nicht älter als drei Monate sein.
- Benennung des/der Geschäftsführer(s) bzw. sonstigen verantwortlich handelnden Personen, für die die Vergabestelle eine Abfrage beim Register zum Schutz fairen Wettbewerbs durchführen muss; Name, Vorname, Geburtsdatum und Geburtsort dieser Personen; Einwilligung dieser Personen in die Nutzung ihrer Daten für die Abfrage beim Register zum Schutz des fairen Wettbewerbs. Bei Bietergemeinschaften wird jedes Einzelunternehmen und deren Geschäftsführung abgefragt.
- Auf gesonderte Nachfrage einzureichen: Handelsregisterauszug, Referenzliste über ähnliche Aufträge der letzten 3 Jahre, inkl. Ansprechpartner, gegebenenfalls Bescheinigungen über die ordnungsgemäße Ausführung entsprechender in den letzten 3 Jahren erbrachter Leistungen, Umsatz der letzten 3 Jahre, Angabe Gütezeichen Nummer.

n) Die Bindefrist endet am 30. Juni 2015.

o) Der Bewerber unterliegt mit der Abgabe seines Angebots den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote (§ 19 VOL/A).

Hamburg, den 27. April 2015

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt 369

Öffentliche Ausschreibung – § 3 VOL/A

a) Freie und Hansestadt Hamburg,
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,
Zentrale Vergabestelle K 5,

Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg
Telefon: 040/4 28 40 - 24 27, Telefax: 040/4 27 31 - 14 48

Angebote sind zu richten an:
Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Eröffnungsstelle,
– Zentrale Vergabeaufsicht –, Zimmer E 01.421,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg

b) Öffentliche Ausschreibung gemäß § 3 VOL/A

Vergabe-Nr.: **ÖA-K5-172/15**

c) Gegenstand der Ausschreibung ist ein Rahmenvertrag für die Lieferung von Aufstellvorrichtungen und Befestigungsmaterialien für Schilder für Dienststellen der Freien und Hansestadt Hamburg, sowie der HSE, HPA und HWW.

Die Laufzeit des Vertrags beträgt 2 Jahre, vom 1. Juli 2015 bis 30. Juni 2017.

Ort der Leistung: Hamburg

d) Aufteilung in Lose: Nein

e) Ausführungsfrist:

Beginn: 1. Juli 2015, Ende: 30. Juni 2017

f) Anforderung der Vergabeunterlagen:

Vom 29. April 2015 bis 27. Mai 2015, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr bei der

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Zentrale Vergabeaufsicht (ZVA), Zimmer E 01.272,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Telefax: +49/40/4 27 31 - 05 27

g) Einsicht der Vergabeunterlagen: Siehe Buchstabe f)

h) Kostenbeitrag für die Vergabeunterlagen

Höhe des Kostenbeitrages: 5,– Euro

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Konto-Nr.: 375 202 205, BLZ 200 100 20,
IBAN DE50 2001 0020 0375 2022 05,
BIC PBNKDEFF200 Hamburg
Geldinstitut: Postbank Hamburg

Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisungen bitte gleichzeitig ein Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe f) schicken.

Die Vergabeunterlagen werden auf CD an Sie versandt. Alternativ besteht die Möglichkeit, Ihnen die Vergabeunterlagen – gegen Erstattung eines Kostenbeitrags in Höhe von insgesamt 14,– Euro – auch in Papierform zu übersenden. In diesem Fall überweisen Sie bitte den erhöhten Kostenbeitrag.

i) Ende der Angebotsfrist: 29. Mai 2015, 11.00 Uhr.

l) Zahlungsbedingungen gemäß § 17 VOL/B.

m) Geforderte Eignungsnachweise:

– Von in- und ausländischen Bietern ist eine Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit abzugeben. Die Vergabestelle wird für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister (§ 150 a Gewerbeordnung) beim Bundesamt für Justiz anfordern bzw. anfordern lassen; von ausländischen Bietern wird gegebenenfalls eine gleichwertige Bescheinigung ihres Herkunftslandes gefordert. Vorlage nach Aufforderung. Die Auskunft darf nicht älter als drei Monate sein.

– Benennung des/der Geschäftsführer(s) bzw. sonstigen verantwortlich handelnden Personen, für die die Vergabestelle eine Abfrage beim Register zum Schutz fairen Wettbewerbs durchführen muss; Name, Vorname, Geburtsdatum und Geburtsort dieser Personen; Einwilligung dieser Personen in die Nutzung ihrer Daten für die Abfrage beim Register zum Schutz des fairen Wettbewerbs. Bei Bietergemeinschaften wird jedes Einzelunternehmen und deren Geschäftsführung abgefragt.

n) Die Bindefrist endet am 30. Juni 2015.

o) Der Bewerber unterliegt mit der Abgabe seines Angebots den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote (§ 19 VOL/A).

Hamburg, den 27. April 2015

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt 370

Auftragsbekanntmachung
(Richtlinie 2004/18/EG)

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n):**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
Bezirksamt Hamburg-Nord, Fachamt
Management des öffentlichen Raumes – Tiefbau

Postanschrift:

vertreten durch die
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Amt für Bauordnung und Hochbau,
ABH 44 – Hochbaudienststelle,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg

Kontaktstelle(n):

Zu Händen von: Vergabestelle
Telefax: +49/040/4 27 31 - 05 27
E-Mail: eroeffnungsstelle@bsu.hamburg.de

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:

siehe Anhang A.III

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung
Tiefbau

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Liegenschaftserschließung Pergolenviertel – Straßen- und Verkehrsplanung und Bauleitung.

II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr: 12

Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Planung der inneren und äußeren Erschließung. Die innere Erschließung beinhaltet den Neubau von drei Erschließungsstraßen, eines Quartierplatzes inkl. Nebenflächen und Anlagen des Ruhenden Verkehrs, sowie der Straßenentwässerung. Die Äußere Erschließung umfasst die Anbindung an die Hebebrandstraße, den Dakarweg und der Alten Wöhr, sowie die barrierefreie Anbindung an die S-Bahn Rübenkamp.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 71322500

II.1.7) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): ja

II.1.8) Lose

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Es sind folgende ingenieurtechnische Leistungen nach § 46 HOAI (Straßen- und Verkehrsplanung) zu vergeben:

- Leistungsphase 1 in Teilen,
- Leistungsphasen 2 bis 6 und 8,
- technische Koordination,
- Absteckunterlagen,
- Leitungstrassenplanung,
- sowie zusätzliche Leistungen (u. a. Erstellung der Verkehrsführungspläne, örtliche Bauaufsicht) auf Basis der HOAI und der LB Straßen der FHH.

Die Gesamtbaukosten für die innere und äußere Erschließung wurden im Rahmen des B-Plan Verfahrens wie folgt geschätzt:

Geschätzter Wert ohne MwSt: 7.100.000,– Euro.

II.2.2) Angaben zu Optionen:

Optionen: nein

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung: –

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Haftpflichtversicherung:
Personenschäden: 1.500.000,– Euro
Sonstige Schäden: 1.500.000,– Euro

Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Siehe Vergabeunterlagen = Angebotsverfahren

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter(in).

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: ja

Beachtung der Regelwerke der Freien und Hansestadt Hamburg gem. Rundschreiben „Straßenwesen“.

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Die Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren sind in einem verschlossenen Umschlag, gekennzeichnet mit der Auftragsbezeichnung des Auftraggebers gem. II.1.1), einzureichen. Für den Fall, dass die Bewerberin oder der Bewerber

beabsichtigt, sich bei der Erfüllung des Auftrages der Kapazitäten anderer Unternehmen zu bedienen (z.B. durch Unteraufträge), so sind auch für diese Unternehmen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zu diesen bestehenden Verbindungen, sämtliche/folgende in Ziff. III.2.1 bis III.2.3 geforderten Erklärungen und Nachweise vorzulegen. Des weiteren ist eine Erklärung des anderen Unternehmens vorzulegen, mit dem dieses sich verpflichtet, für den Fall der Auftragserteilung an die Bewerberin bzw. den Bewerber, genau anzugebende Leistungen zu erbringen. Folgende in Ziff. III.2.1 bis III.2.3 geforderte Erklärungen und Nachweise gem. VOF sind in der aufgeführten Reihenfolge geheftet vorzulegen. Darüber hinausgehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht. Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache.

1) Angaben, ob und auf welche Art die Bewerberin bzw. der Bewerber wirtschaftlich mit Unternehmen verknüpft ist oder ob und auf welche Art sie oder er auf den Auftrag bezogen in relevanter Weise mit Anderen zusammenarbeitet, sofern dem nicht berufsrechtliche Vorschriften entgegenstehen.

2) Formlose Erklärung, dass kein Ausschluss der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg von der Teilnahme am Wettbewerb gemäß § 4 VOF Abs. 9 Buchstaben b) und c) besteht.

3) Namen/berufliche Qualifikation der Personen, die die Leistung im Auftragsfall tatsächlich erbringen sollen.

4) Juristische Personen haben einen aktuellen Handelsregisterauszug bzw. eine gleichwertige Bescheinigung des Herkunftslandes, nicht älter als 3 Monate, beizubringen.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

5) Bescheinigung über den Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

vgl. III.1.1.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

6.) Liste der vergleichbaren in den letzten 3 Jahren erbrachten Leistungen gemäß § 5 (5b) VOF mit Angabe des:

a) Auftraggebers (Ansprechpartner, Anschrift, Telefonnummer);

b) des Rechnungswertes;

c) der wirtschaftlichen und termingerechten Abwicklung der Projekte (Referenzschreiben des Auftraggebers);

d) der Planungs- und Ausführungszeit sowie;

e) für die erbrachten Leistungen eingesetzten Personals (0-5 Punkte).

7.) Umfangreiche Erfahrungen in folgenden Bereichen:

a) Erfahrungen mit der abschnittsweisen Umsetzung von Baumaßnahmen (0-5);

b) Erfahrung mit der Planung und Bauleitung von Stadtstraßen (0-5)

Der Nachweis für die Erfahrungsbereiche a) bis b) ist zu führen anhand von jeweils 2 erfolgreich durchgeführter Bauvorhaben der letzten 5 Jahre mit folgenden Angaben:

– jeweils 1 vergleichbares Referenzobjekt
– Auftraggeber/in und Ansprechpartner/in mit Telefonnummer,
– Zeitraum der Ausführung,
– Art der Leistungen,
– Gesamtkosten des Objektes,
– Auftragsumfang,
– Ausweis der Nachunternehmerleistungen.

Mehrfachnennungen sind möglich.

Für jedes Projekt soll die Darstellung in Wort und Bild (farbig) max. auf 2 Seiten DIN A 4 erfolgen.

8.) Erklärung zum vorgesehenen Personal, welches für die Abwicklung vorgesehen ist.

9.) Erklärung gemäß § 5 (5d) VOF, aus der das Jährliche Mittel der vom Bewerber in den letzten drei Jahren Beschäftigten und aus der die Anzahl seiner Führungskräfte in den letzten drei Jahren ersichtlich ist.

10.) Angabe des Auftragsanteils, für den der Bewerber möglicherweise einen Unterauftrag zu erteilenbeabsichtigt gemäß § 5 (5h) VOF.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: nein

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Mindestzahl: 3
Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Ist die Anzahl der Teilnehmer, die die Auswahlkriterien erfüllen, größer als 5 Teilnehmer, wird die Auswahl durch das Los getroffen.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: nein

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Qualität	40
2. Fachlicher und Technischer Wert	20
3. Leistungszeitraum bzw. -fristen	20
4. Honorar im Rahmen des geltenden Preisrechts	20

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

ÖT-ABH4-173/15

IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: –

Kostenpflichtige Unterlagen: –

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

3. Juni 2015, 10.30 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Bewerbergemeinschaften:

1. Bewerbergemeinschaften sind zugelassen. In dem Teilnahmeantrag ist ein zentraler Ansprechpartner anzugeben, der bevollmächtigt ist, die Bewerbergemeinschaft und später im Fall der Auswahl für das Verhandlungsverfahren auch die Bietergemeinschaft zu vertreten. Die Vollmacht ist mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen (Kopie ausreichend).
2. Die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft sind in dem Teilnahmeantrag vollständig zu benennen. Die Anforderungen aus Pkt. III.2) Teilnahmebedingungen müssen von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft durch Abgabe von entsprechenden Erklärungen bzw. Nachweisen der jeweiligen Mitglieder erfüllt werden. Das Bewerbungsformblatt ist für jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft abzugeben, nicht jedoch für Nachunternehmer.
3. Schließen sich mehrere Bewerber zu einer Bewerbergemeinschaft zusammen, so ist zu gewährleisten, dass kein Bewerber Mitglied in mehr als einer Bewerbergemeinschaft ist. Ist ein Bewerber Mitglied in mehreren Bewerbergemeinschaften, so werden diese Bewerbergemeinschaften zwingend vom Teilnahmeverfahren ausgeschlossen.

Nachunternehmer:

1. Der Bewerber hat in dem Teilnahmeantrag auch die Dritten, insbesondere Nachunternehmer, anzugeben, deren Kapazitäten er sich im Fall der Beauftragung bedienen will. Der Bewerber hat insoweit weiter darzulegen, welche Kapazitäten der Dritten genutzt werden sollen, dass sie die Eignungsanforderungen gemäß Pkt. III.2.3) Teilnahmebedingungen (anhand entsprechender Referenzen) erfüllen und z. B. durch eine Verpflichtungserklärung des Dritten nachzuweisen, dass dem Bewerber diese Kapazitäten zum Zeitpunkt der Ausführung des Auftrages zur Verfügung stehen werden.
2. Abgabe der Erklärung, dass die vorgesehenen Nachunternehmer in diesem Vergabeverfahren ausschließlich für den Bewerber eingesetzt werden sollen und nicht für andere Bewerber. Kann diese Erklärung nicht abgegeben werden, so ist im Teilnahmeantrag darzulegen, wie mögliche Wettbewerbsbeeinträchtigungen in Folge einer Mehrfachbeteiligung eines oder mehrerer Nachunternehmer in dem nachfolgenden Verhandlungsverfahren durch Maßnahmen des Bewerbers bzw. des/der Nachunternehmer verhindert werden sollen.

Bewertung der Bewerber:

Im Teilnahmewettbewerb werden nur Bewerber berücksichtigt, welche die unter Pkt. III.2) angegebenen Teilnahmebedingungen erfüllen und die unter Pkt. VI.3) beschriebene Form (Bewerbungsformblatt) einhalten. Ausländische Bewerber/Unternehmen haben gleichwertige Bescheinigungen ihres Herkunftslandes gem. Pkt. III.2) vorzulegen.

Weiteres:

Die Bewerbungsunterlagen sind übersichtlich und formgerecht, entsprechend der vorgegebenen Gliederung aufzubauen, zu heften und mit Register einzureichen. Die Unterlagen sollen das Format A4 nichtüberschreiten. Über den o.g. Umfang hinausgehende Unterlagen werden für die Auswahl nicht berücksichtigt. Bewerbungen per E-Mail oder Telefax sind nicht zulässig. Mehrfachteilnahmen sind nicht zulässig und führen automatisch zum Ausschluss. Es werden keine Bewerbungsblätter/Bewerbungsmappen zur Verfügung gestellt. Es sind keine weiteren Ausschreibungs- und/oder ergänzende Unterlagen vorhanden.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren:

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
Vergabekammer der
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/40/4 28 40 - 20 39

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Absatz 3 Nummer 4 GWB ist ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

24. April 2015

Hamburg, den 27. April 2015

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt 371

Bekanntmachung
über zusätzliche Informationen, Informationen über nichtabgeschlossene Verfahren oder Berichtigung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n):**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

Postanschrift:

Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zentrale Vergabestelle
Zu Händen von: Herrn Oetzmann
Telefon: +49/040/4 28 26 - 25 59
Telefax: +49/040/4 27 31 - 14 48
E-Mail: zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de

I.2) **Art der beschaffenden Stelle:**

Öffentlicher Auftraggeber

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

Umgestaltung Knoten Ferdinandstor, Kunsthalle, Baulos 2.

II.1.2) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Gegenstand der Ausschreibung ist der Umbau und Neubau von Stützwänden, von Wurzelbrücken sowie einer Treppenanlage im Glockengießerwall vor der Kunsthalle. Weiterhin sind Pflasterflächen anzupassen.

Wesentliche Leistungen sind:

Boden Kl. 3-5, Z 0-Z 1.1 lösen, entfernen 1110 m³, Gehölz pflanzen 2048 Stück, Kastenrinne Nenngröße 200 einbauen 21 m, Sinkkasten für Kastenrinne einbauen 4 Stück, SfM 7 cm dick einbauen Rad/Gehweg/Sicherheitsstr. 300 m², SfM in Geh- und Radwegen mit Kfz. bis 3,5 t (1. TS) 24 cm stark, 430 m³, STS in Geh und Radwegen mit Kfz. bis 3,5 t (2. TS), 25 cm stark, 450 m³, Pflasterdecke aufnehmen 1460 m², Pflasterdecke 25 x 25 x 8 Betonst. d. AG herstellen 1100 m², Pflasterdecke 25 x 25 x 8 kugelgestrahlt, Farbe coral grey 850 m², Betonplattenfläche reinigen und verfugen 3600 m², Baugrube herstellen 815 m³, Material lief., in Baugrube einbauen 270 m³, Boden des AG in Baugrube einbauen 580 m³, Schotterschicht herstellen 105 m³, Beton abbrechen 48 m³, Bew. Beton herst. 259 m³, Betonstahl einbauen 47 t, Anschlussbewehrung herstellen 147 m², Treppenstufen aus Betonwerkstein einbauen 265 m, Handlauf einbauen 156 m, Stahlgeländer einbauen 211 m, Stahlkonstruktion einbauen 15 t.

II.1.3) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):

Hauptgegenstand: 45223000
Ergänzende Gegenstände: 45233120

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart:**

Offen

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.1) Aktenzeichen:

OV-K5-136/15

IV.2.2) Referenznummer der Bekanntmachung für elektronisch übermittelte Bekanntmachungen:

Übermittlung der ursprünglichen Bekanntmachung über: eNotices.

Login: ENOTICES_LSBGZentraleVergabestelle

Referenznummer der Bekanntmachung:
2015-042072

IV.2.3) Bekanntmachung, auf die sich diese Veröffentlichung bezieht:

Bekanntmachungsnummer im ABl:
2015/S 064-111944 vom 1. April 2015

IV.2.4) Tag der Absendung der ursprünglichen Bekanntmachung:

27. März 2015

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Diese Bekanntmachung bezieht sich auf:**

Berichtigung

VI.2) **Informationen über nichtabgeschlossene Vergabeverfahren:** –

VI.3) **Zu berichtigende oder zusätzliche informationen**

VI.3.1) Änderung der ursprünglichen Informationen, die vom öffentlichen Auftraggeber übermittelt wurden.

VI.3.2) In der ursprünglichen Bekanntmachung.

VI.3.3) In der ursprünglichen Bekanntmachung zu berichtigender Text

Stelle des zu berichtigenden Textes: –

VI.3.4) In der ursprünglichen Bekanntmachung zu berichtigende Daten

Stelle der zu berichtigenden Daten:

Anstatt:

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: bis 6. Juli 2015

muss es heißen:

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: bis 20. Juli 2015

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

30. April 2015

Hamburg, den 30. April 2015

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt 372

Bekanntmachung
über zusätzliche Informationen, Informationen über nichtabgeschlossene Verfahren oder Berichtigung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n):**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,
U 40 Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zu Händen von: Frau Anna Schubert

Telefon: +49/040/4 28 23-62 86
Telefax: +49/040/4 27 31-01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/des Auftraggebers: http://www.hamburg.de/schulbau/

I.2) **Art der beschaffenden Stelle:**

Öffentlicher Auftraggeber

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

Marie-Beschütz-Schule, Erikastraße 41, 20251 Hamburg, diverse technische Gewerke.

II.1.2) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Die ehemalige Wolfgang-Borchert-Schule im Hamburger Stadtteil Eppendorf mit rund 5237 m² NGF wird zur Ganztagsgrundschule umgebaut und erweitert. Ein Verbindungsbau zwischen den beiden bestehenden Schulgebäuden wird neu erstellt. In dieser Bekanntmachung werden folgende Gewerke veröffentlicht:

- Los 1 Außenanlagen Sielsanierung
- Los 2 Wärmeversorgungsanlagen
- Los 3 Lufttechnische Anlagen
- Los 4 Blitzschutz
- Los 5 Gebäudeautomation
- Los 6 Kücheneinrichtung
- Los 7 Starkstrom/Fernmelde- und IT-Anlagen
- Los 8 Abwasser-, Wasser-, Gasanlagen

II.1.3) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):

Hauptgegenstand: 45214210

Ergänzende Gegenstände: 45232420, 45232141, 45331210, 45312310, 45317000, 45421151, 45315300, 45314000, 45232460

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart:**

Offen

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.1) Aktenzeichen:

SBH VOB EU 24/15 AS

IV.2.2) Referenznummer der Bekanntmachung für elektronisch übermittelte Bekanntmachungen:

Übermittlung der ursprünglichen Bekanntmachung über: eNotices.

Login: ENOTICES_ECAS_nevermmi

Referenznummer der Bekanntmachung:
2015-052586

IV.2.3) Bekanntmachung, auf die sich diese Veröffentlichung bezieht:

Bekanntmachungsnummer im ABl:
2015/S 081-142402 vom 25. April 2015

IV.2.4) Tag der Absendung der ursprünglichen Bekanntmachung:

21. April 2015

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Diese Bekanntmachung bezieht sich auf:**

Berichtigung

VI.2) **Informationen über nichtabgeschlossene Vergabeverfahren:** –

VI.3) **Zu berichtigende oder zusätzliche informationen**

VI.3.1) Änderung der ursprünglichen Informationen, die vom öffentlichen Auftraggeber übermittelt wurden.

VI.3.2) In der ursprünglichen Bekanntmachung.

VI.3.3) In der ursprünglichen Bekanntmachung zu berichtigender Text

Stelle des zu berichtigenden Textes:

ANHANG B

ANGABE ZU DEN LOSEN

Los-Nr. 6

Bezeichnung: Nutzungsspezifische Anlagen

Anstatt:

3) Menge oder Umfang:

Ausgussbecken mit Schlammfang in Kunsträumen 4 Stk., Cook & Chill Küche für 140 Essen x 3 Schichten, Licht- und Tontechnik der Aula.

muss es heißen:

3) Menge oder Umfang:

Ausgussbecken mit Schlammfang in Kunsträumen 4 Stk., Cook & Chill Küche für 140 Essen x 3 Schichten.

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

29. April 2015

Hamburg, den 29. April 2015

Die Finanzbehörde 373

Öffentliche Ausschreibung

a) SBH | Schulbau Hamburg,
U 40 Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefon: 040/4 28 23 - 62 86,
Telefax: 040/4 27 31 - 01 43,
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)

c) Entfällt

d) Öffentliche Ausschreibung

e) Ratsmühlendamm 37, 22335 Hamburg

f) Vergabenummer: **SBH VOB Ö 23/15 AS**

Grundschule Ratsmühlendamm

Baustelleneinrichtung für den Abbruch Steinbaracke sowie den Ersatzneubau Grundschule Ratsmühlendamm. Baustelleneinrichtung einer (1-geschossigen) Steinbaracke im nördlichen Bereich des Schulhofes der Grundschule und Baustelleneinrichtung eines 2-geschossigen Klinkerbaus mit einer Gymnastikhalle inkl. Umkleiden und Duschen, Mehrzweckraum, Klassenräume und eine Aufwärmküche. Durch den Abbruch der Steinbaracke wird Platz für einen Ersatzneubau für die Grundschule geschaffen.

Baustelleneinrichtung

Leistungsumfang:

- ca. 240 m Bauzaun für Kinderspielplätze, ca. 195 m² Schutznetze für Bauzaun, ca. 100 m² Schutzplanen für Bauzaun, ca. 45 m Zulage geschlossener Bretterzaun, 2 Stück Tore und 2 Stück Türen vorhalten, 1 Stück Zusatztor Schulhof
- Baustellenzufahrt
- 4 Stück Baustellen-WC, 2 Stück WC-Sanitärcontainer, 1 Stück Duschcontainer
- 1 Stück Büro für Bauüberwachung (30 m²)

HINWEIS: Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

g) Entfällt

h) Entfällt

i) Baubeginn: Juli 2015
Bauende: Oktober 2015

j) Nebenangebote sind nicht zugelassen.

k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme vom 4. Mai 2015 bis 1. Juni 2015, 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe a).

l) Höhe des Kostenbeitrages: 10,– Euro

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger:
SBH Schulbau Hamburg,
Kontonummer: 201 015 29, BLZ: 200 000 00,
IBAN DE 252 00000000020101529,
BIC MARKDEF1200,
Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg,
Verwendungszweck: SBH VOB Ö 23/15 AS

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe a), per Telefax oder an die E-Mail-Adresse senden. Bitte nur **eine** der Varianten wählen.

m) Entfällt

n) Die Angebote können bis zum 2. Juni 2015 bis 10.10 Uhr eingereicht werden.

o) Anschrift:
SBH | Schulbau Hamburg,
U 40 Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg

p) Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) Die Eröffnung der Angebote findet statt 2. Juni 2015 um 10.10 Uhr.

Anschrift: siehe Buchstabe o).

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

r) Siehe Vergabeunterlagen.

s) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen.

t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen.

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer

oder

- Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (nicht älter als 6 Monate),
- Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate),
- Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate),
- Umsätze aus den letzten drei Jahren (2011, 2012, 2013),
- mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen, nicht älter als drei Jahre,

und

- gültige Freistellungsbescheinigung.

Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.

v) Die Zuschlagsfrist endet am 1. Juli 2015.

w) Beschwerdestelle:
FB SBH | Schulbau Hamburg,
Frau Gertrud Theobald, Geschäftsführerin
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefax: 040/4 27 31 - 01 37

Hamburg, den 30. April 2015

Die Finanzbehörde 374

Öffentliche Ausschreibungen der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH), Zentrale Vergabestelle (ZVST) der Behörde für Inneres und Sport – organisatorisch angebunden bei der Polizei – schreibt für die Feuerwehr Hamburg folgende Lieferungen/Leistung gemäß VOL/A öffentlich aus:

Auftragsgegenstand: **Abschluss eines Rahmenvertrages über die Lieferung von Stromerzeugern und Zubehör.**

Ausschreibungsnummer: **OV 175853/15**

Vergabeart: Offenes Verfahren

Vergabe nach Losen und Anzahl der Lose: 3

Ansprechpartner zum Ausschreibungsverfahren:
Stefanie Mahncke

Ende der Angebotsfrist: 9. Juni 2015

Ende der Bindefrist: 30. September 2015

Ausführungsort: Hamburg

Nebenangebote: nicht zugelassen

Für die Beurteilung der Eignung sind von allen Bietern mit dem Angebot folgende Erklärungen/Nachweise/Unterlagen einzureichen:

- Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit. Die Angaben werden gegebenenfalls von der Vergabestelle durch eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150 a Gewerbeordnung (GewO) überprüft.
- Eintrag in das Gewerbe-/Handelsregister.
- Erklärung zur Frist von Reparaturarbeiten, Ersatzteilversorgung.
- Wird ein gleichwertiges Produkt angeboten, ist dies im Angebotsvordruck zu vermerken; der Bieter muss die Gleichwertigkeit mittels Datenblatt oder etwas Vergleichbarem nachweisen.
- Referenzen aus den letzten drei Jahren.

Die kompletten Ausschreibungsunterlagen können per E-Mail unter ausschreibungen@polizei.hamburg.de, Betreff: OV 175853/15 Lieferung von Stromerzeugern und Zubehör oder unter der Adresse Behörde für Inneres und Sport, Polizei, Verwaltung und Technik VT 21/Zentrale Vergabestelle BIS, Carl-Cohn-Straße 39, 22297 Hamburg, abgefordert bzw. eingesehen werden.

Adresse für die Angebotsabgabe:
Behörde für Inneres und Sport, Polizei,
Verwaltung und Technik VT 112/Submissionsstelle,
Postfach 60 02 80, 22202 Hamburg, bzw.
Bruno-Georges-Platz 1, 22297 Hamburg.

Es ist nicht möglich Angebote elektronisch abzugeben.

Die europaweite Bekanntmachung wurde am 27. April 2015 an das Amt für amtliche Veröffentlichungen abgesendet (siehe auch ted.europa.eu).

Hamburg, den 29. April 2015

Die Behörde für Inneres und Sport – Polizei – 375

Die Universität Hamburg schreibt einen Rahmenvertrag zur **Lieferung von Technischen Gasen** offen nach VOL aus. Bewerber melden sich bitte schriftlich bei: Universität Hamburg, Finanz- und Rechnungswesen, Strategischer Einkauf, Mittelweg 177, 20148 Hamburg. Auskünfte erteilt Herr Jeschke (E-Mail: strategischereinkauf@verw.uni-hamburg.de). Angebotsabgabetermin: 10. Juni 2015.

Hamburg, den 29. April 2015

Universität Hamburg 376

Gerichtliche Mitteilungen

Zwangsversteigerung

71 j K 33/13 und 71 j K 23/14. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Am Kaiserkai 30 belegene, im Grundbuch von Altstadt Süd Blatt 2773 und Blatt 2794 eingetragene Wohnungs- bzw. Teileigentum, bestehend aus a) 4670/100 000 und b) 230/100 000 Miteigentumsanteilen an dem 901 m² großen Flurstück 1988, verbunden mit dem Sondereigentum an a) der Wohnung und dem Raum Nummer 11 und b) dem Tiefgaragenstellplatz Nummer STP9, durch das Gericht versteigert werden.

a) Die etwa 124,75 m² große Wohnung befindet sich im II. Obergeschoss rechts. Zu der Wohnung gehört der Abstellraum Nummer 20, belegen im Erdgeschoss des Hauses. Die vermietete Wohnung wurde im Jahre 2006 gebaut. Sie befindet sich in einem vollunterkellerten, sechsgeschossigen Mehrfamilienhaus mit Belvedere. Das Haus verfügt über 20 Wohn- und drei Gewerbeeinheiten, sowie 23 Pkw-Stellplätze in der Tiefgarage. b) Der Tiefgaragenstellplatz STP9 ist zur Zeit nicht vermietet. Die Tiefgarageneinfahrt befindet sich östlich des Hauseinganges.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: a) 660 000,– Euro, b) 24 000,– Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 1. Juli 2015, 9.30 Uhr,** vor dem Amtsgericht Hamburg, Caffamacherreihe 20, II. Stock, Saal 224.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann im Internet unter www.zvg.com heruntergeladen oder auf der Geschäftsstelle, Caffamacherreihe 20, Zimmer 225, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am a) 16. Mai 2013 bzw. b) 17. April 2014 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 8. Mai 2015

Das Amtsgericht, Abt. 71

377

Zwangsversteigerung

417 K 20/14. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Lüttwetter 5 belegene, im Grundbuch von Altengamme Blatt 709 eingetragene 10 220 m² große Grundstück (Flurstück 1613), durch das Gericht versteigert werden.

Das Grundstück ist bebaut mit einem zweigeschossigen, vermutlich nicht unterkellerten Einfamilienhaus mit ausgebautem Dachgeschoss. Errichtung etwa 1937/1938. Die Wohnfläche beträgt etwa 115 m. Eine Innenbesichtigung war dem Sachverständigen nicht gestattet. Gaszentralheizung. Warmwasserversorgung über Heizung. Ferner sind vorhanden 1 Garage, 5 unterschiedlich große Gewächshäuser, 1 kleines Pumpenhäuschen, 2 Schuppen. Außenanlagen sind ungepflegt, die Gewächshäuser nach Einschätzung des Sachverständigen abgängig. Die Nutzung erfolgt durch die Altenteilsberechtigte.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 190 000,– Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 30. Juni 2015, 10.00 Uhr,** vor dem Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Ernst-Mantius-Straße 8, I. Stock, Saal 114.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 107 d, montags, bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Telefon: 040/4 28 91 - 23 93/- 21 92. Infos auch im Internet unter www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 21. Juli 2014 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, andernfalls werden sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, andernfalls tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Hamburg, den 8. Mai 2015

Das Amtsgericht
Hamburg-Bergedorf
Abteilung 417

378

Zwangsversteigerung

417 K 13/13. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll durch das Gericht versteigert werden das in 21037 Hamburg, südlich Ochsenwerder Elbdeich 111 und Ochsenwerder Elbdeich 111 belegene, im Grundbuch von Ochsenwerder Blatt 428 eingetragene insgesamt 4.153 m² große Grundstück (Flurstücke Nummer 2981 zu 396 m² + Nummer 4315 zu 3.757 m²).

Das Grundstück ist bebaut mit einem ein- bzw. zweigeschossigen, vollunterkellerten Einfamilienhaus mit ausgebautem Dachgeschoss und Anbau. Errichtung gemäß Bauakte im Jahr 1927. Weiter ist das Grundstück bebaut mit einer Garage (Baujahr 1962) und zwei Gewächshäusern (Baujahr 1964 und 1967). Die Wohnfläche beträgt nach Angaben des Gutachters gemäß Bauakte etwa 173,98 m², verteilt auf 5 Zimmer sowie Diele und Eingang im Erdgeschoss, 3 Zimmer sowie Diele, WC und Bad im Dachgeschoss und 4 Räume im Kellergeschoss. Vermutlich defekte Ölzentralheizung. Eine Besichtigung des Objekts konnte nur von der Straße sowie vom Nachbargrundstück aus erfolgen. Eine Innenbesichtigung wurde dem Sachverständigen nicht ermöglicht. Weiter befinden sich auf dem Grundstück zwei oberirdische Öltanks. Alle Gebäude (Wohnhaus und Gewächshäuser) sind in einem schlechten baulichen Zustand und es besteht teils erheblicher Unterhaltungsstau und Sanierungsbedarf. Zum Zeitpunkt

der Begutachtung im Juni 2014 war das Haus unbewohnt. Ausdrücklich wird auf das Gutachten des Sachverständigen hingewiesen.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 154 000,– Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Freitag, den 3. Juli 2015, 10.00 Uhr,** vor dem Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Ernst-Mantius-Straße 8, I. Stock, Saal 114.

Für ein Gebot ist unter Umständen eine Sicherheit von 10% des Verkehrswertes zu leisten.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 107 d, montags, bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Telefon: 040/4 28 91-23 93/-21 92. Infos auch im Internet unter www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 25. April 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 8. Mai 2015

Das Amtsgericht Hamburg-Bergedorf

Abteilung 417 379

Zwangsversteigerung

541 K 3/14. Im Wege der Zwangsvollstreckung zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll das in 22589 Hamburg, Op'n Hainholt 58 c belegene, im Grundbuch von Sülldorf Blatt 1403 eingetragenen Grundstück, durch das Gericht versteigert werden.

Beschreibung laut Gutachten: Bei dem zu versteigernden Objekt handelt es sich um ein unterkellertes, zweigeschossiges Reihenmittelhaus, Baujahr etwa 1956, Wohnfläche etwa 85,71 m² mit Gaszentralheizung. Das Grundstück hat eine Größe von etwa 170 m². Es besteht erheblicher Modernisierungs- und Instandsetzungsstau.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 18. Februar 2014 in das Grundbuch eingetragen worden.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 200 000,– Euro, Einheitswert: 12 782,– Euro.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 10 im Erdgeschoss, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Informationen mit dem Gutachten zum Download auch im Internet unter www.zvg.com.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Freitag, den 10. Juli 2015, 9.30 Uhr,** im Amtsgericht Hamburg-Blankenese, Dormienstraße 7, 22587 Hamburg, I. Stock, Saal 18.

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 8. Mai 2015

Das Amtsgericht Hamburg-Blankenese

Abteilung 541 380

Zwangsversteigerung

717 K 47/14. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Kramerkoppel 45, Holstenhofweg belegene, im Grundbuch von Wandsbek Blatt 5710 eingetragene 730 m² große Grundstück (Flurstück 2481), durch das Gericht versteigert werden.

Das Grundstück ist mit einem zweigeschossigen, vollunterkellerten Einfamilienhaus bebaut, Ursprungsbaujahr 1954, Erweiterung 1984. Die Wohnfläche beträgt etwa 215 m², verteilt auf 6 Zimmer, Küche, 3 Sanitärräume sowie Neben-/Verkehrsflächen. Die Nutzfläche im Keller beträgt etwa 119 m² (inkl. der beiden Kellergaragen). Zusätzlich ist ein Tiefkeller vorhanden, der sich überwiegend in einem desolaten Rohbauzustand befinden soll. Beheizung über Gaszentralheizung. Warmwasserversorgung über Heizung. Laut Gutachten befindet sich das Objekt Außen in einem knapp durchschnittlichen und Innen im Wesentlichen in einem guten Instandhaltungszustand. Zum Zeitpunkt des Ortstermins erfolgte die Nutzung durch den Verfahrensschuldner und seine Angehörigen.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 510 000,– Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 25. Juni 2015, 10.00 Uhr,** vor dem Amtsgericht Hamburg-Wandsbek, Schädlerstraße 28, I. Stock, Saal 157.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 301, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Telefon: 040/4 28 81-29 10/-29 11/-21 50. Infos auch im Internet: www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 24. Oktober 2014 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die

Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 8. Mai 2015

Das Amtsgericht Hamburg-Wandsbek

Abteilung 717 381

Ausschließungsbeschluss

421 II 2/14. Auf Antrag des Herrn Karl-Heinz Wümmerling, Am Burgberg 2, 21465 Wentorf, beschließt das Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Abteilung 421, durch die Rechtspflegerin Zeyn:

Der Deutsche Grundschuldbrief (Gruppe 04 Nummer 03 49 16) über die im Grundbuch des Amtsgerichts Hamburg-Bergedorf von Kirchwerder Blatt 2821 in Abteilung III unter Nummer 1 über 30 000,– DM (dreißigtausend Deutsche Mark) eingetragene Grundschuld und der Deutsche Grundschuldbrief (Gruppe 04 Nummer 04 25 71) über die im Grundbuch des Amtsgerichts Hamburg-Bergedorf von Kirchwerder Blatt 22821 in Abteilung III unter Nummer 2 über 20 000,– DM (zwanzigtausend Deutsche Mark) eingetragene Grundschuld, je für die Land- und Pachtbank eGmbH, Hamburg, deren Rechtsnachfolgerin die DZ Bank AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main ist, werden für kraftlos erklärt.

Hamburg, den 22. April 2015

Das Amtsgericht Hamburg-Bergedorf

Abteilung 421 382

Sonstige Mitteilungen

Bekanntmachung einer Öffentlichen Ausschreibung gemäß § 12 Absatz 1 VOB/A

DESY-Ausschreibungsnummer: C2023-15

a) **Auftraggeber:**

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg
Telefon: 040/8998-2480, Telefax: 040/8998-4009

b) **Vergabeverfahren:**

Öffentliche Ausschreibung gemäß § 3 Absatz 1 VOB/A.

c) **Elektronische Auftragsvergabe:**

Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden.

d) **Art des Auftrags:** Einheitspreisvertrag

e) **Ort der Ausführung:**

Betriebsgelände Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY in Hamburg.

f) **Art und Umfang der Leistung:**

Neubau CSSB – Zentrum für Strukturelle Systembiologie

Estricharbeiten

- Ca. 3600 m² Verbundestrich mit unterschiedlichen Festigkeiten und Druckfestigkeiten.
- Ca. 5840 m² Estrich auf Trennlage mit unterschiedlichen Festigkeiten und Druckfestigkeiten.
- Ca. 1056 m² Hartstoffestrich mit unterschiedlichen Festigkeiten und Druckfestigkeiten.
- Ca. 620 m² Heizestrich mit unterschiedlichen Festigkeiten und Druckfestigkeiten.
- Erstellung Fugenplan.

g) **Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn Planungsleistungen gefordert werden:** Entfällt

h) **Losweise Vergabe:** Eine losweise Vergabe ist nicht vorgesehen.

i) **Ausführungsfristen für die Baumaßnahme:**

Mit der Ausführung ist zu beginnen: am 27. Juli 2015. Die Leistung ist zu vollenden (abnahmereif fertig zu stellen): am 18. Juli 2016. Zwischentermine sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

j) **Änderungsvorschläge oder Nebenangebote:**

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

k) **Anforderungen der Unterlagen und Einsichtnahme in weitere Unterlagen** unter Angabe der Ausschreibungsnummer C2023-15:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY,
Notkestraße 85, 22607 Hamburg,
Telefon: 040/8998-2480, Telefax: 040/8998-4009
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

l) **Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrages, der für die Unterlagen zu entrichten ist:** Entfällt

m) **Bei Teilnahmeantrag:**

Anträge auf Teilnahme/Angebotsunterlagen können bis zum 21. Mai 2015 an die unter Buchstabe k) aufgeführte Anschrift gestellt werden. Die Aufforderungen zur Angebotsabgabe werden bis zum 22. Mai 2015 versendet.

Lütcke & Wulff **C 1160** **PVSt, DPAG, Entgelt bezahlt**
Druckerei und Verlag
Rondenbarg 8
22525 Hamburg

n) **Frist für den Eingang der Angebote:**

Bis Donnerstag, den 28. Mai 2015 um 10.00 Uhr im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss, DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.

o) **Anschrift:**

Die Angebote sind im verschlossenen Umschlag mit der Kennzeichnung

DESY C2023-15
Angebotstermin: 28. Mai 2015,
Uhrzeit: 10.00 Uhr

per Briefpost/Boten zu richten an:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Briefpost: Notkestraße 85, 22603 Hamburg

oder durch persönliche Abgabe bis vor dem Eröffnungstermin einzureichen.

p) **Sprache:**

Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) **Eröffnung:**

Am Donnerstag, dem 28. Mai 2015 um 10.00 Uhr im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss, DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.

Bieter oder ihre Bevollmächtigten können bei der Eröffnung anwesend sein. Die jeweils erforderliche Vollmacht ist zum Termin mitzubringen.

r) **Geforderte Sicherheiten:**

sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.

s) **Zahlungsbedingungen:**

sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.

t) **Rechtsform einer Bietergemeinschaft:**

Angabe der gesamtschuldnerisch haftenden Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) **Verlangte Nachweise bzw. Erklärungen:**

Steuerabzugsverfahren bei Bauleistungen: Nach dem Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe vom 30. August 2001 ist der Auftraggeber verpflichtet, ab dem 1. Januar 2002 von jeder Zahlung 15 v. H. an das für den Auftragnehmer zuständige Finanzamt abzuführen, wenn der Auftragnehmer vor der Gegenleistung keine Freistellungsbescheinigung vorlegt. Im Rahmen der Prüfung der Zuverlässigkeit eines Bieters ist es daher notwendig, bei Angebotsabgabe spätestens jedoch bei Auftragserteilung eine Freistellungsbescheinigung vorzulegen oder die Gründe für die Nichtvorlage mitzuteilen.

Eignungsnachweise: Der Nachweis der Eignung kann durch einen Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden. Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärungen zur Eignung“ des Vergabehandbuches Bund vorzulegen. Auf Verlangen sind die entsprechenden Eigenerklärungen durch Vorlage von Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Der Auftraggeber wird ab einer Auftragssumme von 30.000,– Euro für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gemäß § 150 a der GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern. Angebote ohne die verlangten Nachweise/Erklärungen können nicht berücksichtigt werden.

v) **Zuschlagsfrist:** 26. Juni 2015

w) **Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße wenden kann:**

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY, kaufmännisches Mitglied des Direktoriums.

Hamburg, den 29. April 2015

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY 383

Gläubigeraufruf

Der Verein **Kommunika – Frauennetzwerk Osteuropa e.V.** (Amtsgericht Hamburg, VR 19031) mit Sitz in Hamburg ist aufgelöst worden. Die Gläubiger werden gebeten, ihre Ansprüche beim Verein anzumelden.

Hamburg, den 24. April 2015

Der Liquidator 384

Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg.
Druck, Verlag und Ausgabestelle Lütcke & Wulff, Rondenbarg 8, 22525 Hamburg – Telefon: 235129-0 – Telefax: 235129-77.
Bestellungen nimmt der Verlag entgegen. Bezugspreis für Teil I und II zusammen jährlich 75,– EUR. Einzelstücke je angefangene vier Seiten 0,26 EUR (Preise einschließlich 7 % Mehrwertsteuer).